

*„Beide Seiten müssen Sicherheit erlangen, nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm.“*

*Vor fast 40 Jahren hat die Unabhängige UN-Kommission unter der Leitung von Olof Palme das Konzept „Gemeinsame Sicherheit“ vorgelegt.*

## **Prämissen und Parameter einer aktualisierten sozialdemokratischen Friedenspolitik**

**Diskussionsanstoß der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand  
für eine anspruchsvolle öffentliche Debatte über Friedens- und  
Sicherheitspolitik.**

Berlin, März 2021

## Gliederung

	<b>Vorbemerkung</b>	Seite 4
<b>I.</b>	<b>Das Verhältnis zwischen Frieden und Sicherheit</b>	Seite 4
<b>II.</b>	<b>Sicherheit vor wem und wovon? Bedrohungsszenarien und mögliche Chancen für den Frieden</b>	Seite 6
	1. Konflikte zwischen Nationalstaaten	Seite 6
	2. Bedrohung des Friedens durch inner- oder transstaatliche Konflikte	Seite 7
	3. Bedrohung durch soziale Ungleichheit (u.a. verschärft durch Klimakrise)	Seite 7
	4. Bedrohung durch den globalen Kampf um Ressourcen	Seite 8
	5. Bedrohungen oder Verstärkungen von Gewalt durch Aufrüstungen, Rüstungsspiralen und Rüstungsexporte	Seite 8
	6. Bedrohung: durch technologischen Fortschritt, Automatisierung von Waffen, Künstliche Intelligenz, Cyberspace, Zerstörung (auch nichtmilitärische) von lebenswichtiger Infrastruktur	Seite 8
	7. Bedrohung durch Geopolitik und unübersichtliche Großmächtekonstellation	Seite 9
<b>III.</b>	<b>Folgerungen für sozialdemokratische Friedensstrategien</b>	Seite 10
	1. Eine Friedenspolitik, die auf einer Gemeinsamkeit von Werten, Menschenrechten und politischen Regimen beruht	Seite 10
	2. Eine systemübergreifende Friedenspolitik in der Tradition der Entspannungspolitik	Seite 11

3.	Eine Europäische Sicherheitspolitik	Seite 11
4.	Vorrang von Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit oder „Gemeinsame Sicherheit“?	Seite 12
<b>IV.</b>	<b>Folgerungen für die anfangs aufgeworfenen Fragen nach der Bewaffnung von Drohnen, nach der sog. nuklearen Teilhabe und nach einer möglichen deutschen Unterstützung des Atomwaffenausstiegsvertrags</b>	Seite 14
<b>V.</b>	<b>Fazit</b>	Seite 15

## **Vorbemerkung**

Seit Jahren gab es keine nennenswerte öffentliche Debatte mehr über die Friedens- und Sicherheitspolitik in Deutschland, auch nicht in der SPD. Neuer Anlass dazu sind die in der SPD aufgeworfenen Fragen nach der Bewaffnung von Drohnen, nach der sog. nuklearen Teilhabe und nach einer möglichen deutschen Unterstützung des Atomwaffenausstiegsvertrags.

Die militärische Sicherheitspolitik liegt nicht in der Kompetenz der Grundwertekommission. Sie steht aber immer in einem größeren theoretischen und politischen Zusammenhang. In ihm geht es um die grundlegenden politischen Annahmen der SPD (z.B. darüber „wie sich Menschen im Allgemeinen verhalten“, ob sie eher auf Druck reagieren oder auf Kooperationsangebote, ob sie vertragsfähig sind und damit fähig zu Multilateralismus) und insbesondere um ihre Grundwerte. Dafür ist die Grundwertekommission zuständig. Eben dies ist das Gebiet der sozialdemokratischen Friedenspolitik. Sie hat viele Dimensionen und muss mit der militärischen Sicherheitspolitik in einem schlüssigen Zusammenhang stehen.

Dieser Zusammenhang umfasst viele Fragen. Von ihnen können wir nur die behandeln, die uns dabei aktuell wesentlich erscheinen, und dies möglichst verbunden mit der Klärung dessen, was das Spezifische der sozialdemokratischen Friedenspolitik ausmacht.

Die Zusammenhänge werden im Folgenden z.T. als Fragen und z.T. als Thesen formuliert.

### **I. Das Verhältnis zwischen Frieden und Sicherheit:**

Sicherheit und Frieden gehören zusammen, aber Frieden ist mehr als Sicherheit. Frieden bezeichnet ein Leben gemäß den sozialdemokratischen Grundwerten, in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Frieden umfasst daher in der sozialdemokratischen Tradition vor allem ein freies selbstbestimmtes Leben, verbindet sich mit Gerechtigkeit, Menschenrechten und Demokratie. Dazu gehört auch der Respekt vor den

Sicherheitsinteressen der Mitmenschen. Der bildet die Brücke zur Tradition der gemeinsamen Sicherheit und der vertrauensbildenden Maßnahmen. Insgesamt gehen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mithin davon aus, dass Sicherheit für alle zunimmt, wenn die sozialdemokratischen Grundwerte respektiert und befolgt werden

Auch Sicherheit ist ein Wert. Sie umfasst politische, soziale, ökonomische und psychologische Dimensionen. Die Grundwertekommission hat dazu in ihrem Papier „Sicherheit im Wandel“ einiges ausgeführt.

Wir brauchen militärische (ebenso wie polizeiliche) Sicherheit, wir brauchen die Bundeswehr und die NATO, nicht zuletzt, um ein erneutes Gegeneinander von nationalen Ameen in Europa definitiv auszuschließen. Aber gewaltsame Konflikte haben sehr oft verzweigte gesellschaftliche Ursachen und finden in ihnen einen gefährlichen Nährboden. Heute mehr denn je. Deshalb richtet sich die Frage nach einer aussichtsreichen Sicherheitspolitik und die Hoffnung auf konstruktive Antworten auch besonders an die Sozialdemokratie, die seit ihrer Gründung innerstaatlich wie global die sozialen und ökonomischen Ursachen von Konflikten in den Mittelpunkt gerückt hat.

Deren Lösung gelingt am besten, wenn man Verständigungsprozesse auch mit Hilfe außerstaatlicher Akteure, insbesondere der Zivilgesellschaft, in Gang setzt. So kann man gewaltträchtige Spannungen ab- und Vertrauen aufbauen. So können Militäreinsätze mit quasi polizeilichen Aufgaben am besten zur weiteren Befriedung beitragen. Sonst breiten sich die Konflikte als Brandherde nur immer weiter aus. Militärische Sicherheit muss also, um wirksam zu sein, in eine Friedenspolitik eingebettet werden. Deshalb hat die von den Sozialdemokraten unter Willy Brandt, Egon Bahr und Olof Palme in den sechziger Jahren in Gang gesetzte Entspannungspolitik ganz wesentlich auf „vertrauensbildende Maßnahmen“ gesetzt.

Der gerade aufgebrochene Streit um die Anschaffung von bewaffneten Drohnen bringt den Unterschied zwischen umfassender Friedenspolitik und begrenzter militärischer Sicherheitspolitik zum Ausdruck. Diese dient für sich allein nicht dem Frieden, auch nicht dem Schutz von Soldaten.

Nach der Erfahrung des Drohnenkriegs in Bergkarabach reicht es nicht, nur auf Abschreckung zu setzen, es geht um eine nachhaltige Verständigung. Die gelingt nie von heute auf morgen. Aber welcher Konflikt ist in den letzten Jahrzehnten von heute auf morgen militärisch gelöst worden?

Die Notwendigkeit von gesellschaftlicher Verständigung und die gegenseitigen Abhängigkeiten verweisen auch darauf, dass wir es uns heute nicht mehr leisten können, Frieden nur als „Nicht-Krieg“ zu definieren.

Die grundsätzliche Frage in Bezug auf die Sicherheit lautet: Gelingt Sicherheit nur „gegen“ Gegner oder nur „mit“ Gegnern? Die sozialdemokratische Antwort heißt bei Willy Brandt, Egon Bahr und Olof Palme: „Gemeinsame Sicherheit“. Das gilt bis heute, muss aber in Bezug auf die Frage spezifiziert werden, insbesondere wie Gegnerschaft und Gemeinsamkeit miteinander politisch-strategisch vereinbart werden können. Was ist, wenn der Gegner bei der Gemeinsamkeit nicht mitspielt?

## **II. Sicherheit vor wem und wovor? Bedrohungsszenarien und mögliche Chancen für den Frieden:**

Im engeren militärischen und friedenspolitischen Sinn stellt sich die Frage: Von welchen Bedrohungsszenarien gehen wir aus für den Ausbruch von Gewaltkonflikten, die militärisches Handeln nahelegen oder erfordern? Oder denen militärische Vorkehrungen vorbeugen sollen bzw. für die Sicherheit gewährleistet werden soll? Sie sind in der Gegenwart deutlich unterschieden von der Situation des Ost-West-Konfliktes, des Kalten Krieges und der Zeit der Entstehung der Entspannungspolitik.

### **1. Konflikte zwischen Nationalstaaten**

Das traditionelle Bedrohungsszenario seit dem 19. Jahrhundert bezieht sich auf Konflikte zwischen Nationalstaaten.

Eine Kriegsgefahr bzw. -disposition zwischen Nationalstaaten gibt es zur Zeit global in drei Fällen: zwischen Pakistan und Indien, zwischen Israel und Iran (2020 / Friedensgutachten S. 51) und im Sommer 2020 aktuell zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach. Sie sind gegenwärtig nicht wie im 19. Jahrhundert oder in der ersten Hälfte

des 20. Jahrhunderts die Regel sondern eher die Ausnahme.  
Grenzkonflikte stellen eine zusätzliche gefährliche Grauzone dar.

## 2. **Bedrohung des Friedens durch inner- oder transstaatliche Konflikte**

Bei der Bedrohung des Friedens durch Gewaltkonflikte haben wir es vielmehr ganz wesentlich nicht mit zwischenstaatlichen, sondern mit inner- oder transstaatlichen Konflikten zu tun, vor allem in Afghanistan, in Afrika, im Nahen Osten und durch Drogenkartelle in Mexiko. (vgl. Friedensgutachten 2020 S.47ff.) Das diesbezügliche öffentliche Bild wird geprägt durch Tätigkeiten dschihadistischer Gruppen in fragilen Staaten. Dies ist auch ein wichtiges Einsatzfeld der Bundeswehr geworden, die dort allerdings nicht als Kriegspartei auftritt, sondern für friedenserhaltende oder friedenserzwingende Einsätze, in der Regel im Rahmen der Vereinten Nationen oder in EU-Kooperation. Die Friedensinstitute unterstreichen in ihrem Friedensgutachten 2020, dass es wichtig ist, diesen Unterschied im Bewusstsein zu behalten, gerade auch für die Frage nach dem Erfolg solcher Einsätze. Denn friedenserhaltende Einsätze haben mehr Chancen auf Erfolg als friedenserzwingende.

## 3. **Bedrohung durch soziale Ungleichheit (u.a. verschärft durch Klimakrise)**

Innerstaatliche Konflikte bis hin zu Bürgerkriegen haben oft ihre Ursachen in sozialen Ungleichheiten, die oft mit kulturelle (religiösen) Ungleichheiten verbunden sind. Die *„soziale Ungleichheit wächst bedrohlich. Ungleichheit ist ebenso ein nationales wie ein globales Problem. Weltweit verfügt ein Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung – oder 52 Millionen Menschen - über fast die Hälfte des globalen Vermögens, wohingegen 54 Prozent lediglich auf 1,4 Prozent kommen. Die Klimakrise wird die soziale Spaltung noch vertiefen, zumal ihre Folgen auf dramatische Weise ungerecht verteilt sind. Afrika, das besonders betroffen ist, verursacht mit 18 Prozent der Weltbevölkerung nicht einmal vier Prozent der Treibhausgase, während das reichste Prozent für rund 15 Prozent verantwortlich ist.“* (Initiative Abrüsten statt Aufrüsten, FRIEDEN BRAUCHT ABRÜSTUNG UND GEMEINSAME SICHERHEIT)

#### 4. **Bedrohung durch den globalen Kampf um Ressourcen**

*„Weltweit sind die Folgen der Klimakrise und der Zugang zu knapp werdenden Ressourcen zu erstrangigen militär-strategischen Fragen geworden. Gewalt schlägt unvermittelt zu und erzeugt Angst. In der Folge verschärfen sich Konflikte und Konfrontationen, steigen die Militäretats in neue Rekordhöhen, nimmt die Militarisierung der internationalen Politik zu.“* (Initiative Abrüsten statt Aufrüsten, FRIEDEN BRAUCHT ABRÜSTUNG UND GEMEINSAME SICHERHEIT)

#### 5. **Bedrohungen oder Verstärkungen von Gewalt durch Aufrüstungen, Rüstungsspiralen und Rüstungsexporte**

Gleichzeitig leben wir in einer hochgerüsteten Welt. Bedrohungen oder Verstärkungen von Gewalt entstehen durch Aufrüstungen, Rüstungsspiralen und Rüstungsexporte. Die weltweiten Militärausgaben waren 2019 auf einem Rekordhoch (1.600 Milliarden Dollar) (Friedensgutachten 2020 S. 97). Die Militärausgaben der NATO übersteigen diejenige Russlands um das 16-fache (Friedensgutachten S.95). Auch die Waffenexporte stiegen (USA 36%, Russland 21% China 5,5% Anteil an globalem Export von Großwaffen). Dass Waffenexporte militärische Konflikte bzw. Bürgerkriege verlängern, ist ganz offenkundig. Das ist also ein zentrales friedenspolitisches Handlungsfeld.

#### 6. **Bedrohung: durch technologischen Fortschritt, Automatisierung von Waffen, Künstliche Intelligenz, Cyberspace, Zerstörung (auch nichtmilitärische) von lebenswichtiger Infrastruktur**

Sicherheitspolitik muss zunehmend den virtuellen Raum einbeziehen. Ein hochentwickeltes Land wie Deutschland ist hier in höchstem Maße angreifbar. Ziele sind in erste Linie Infrastruktureinrichtungen. Aber auch soziale Konflikte lassen sich zur sozialen und politischen Destabilisierung nutzen. Die Algorithmen sozialer Plattformen verstärken negative Emotionen wie Hass und Wut und verlängern damit die Verweildauer von Nutzern auf der Plattform. Eine solche Konstellation bietet potentiellen Angreifern die Möglichkeit, Konflikte zu schüren und anzuheizen. Die Algorithmen



können dafür sorgen, dass dies zur Lawine wird, die am Ende die Gesellschaft auch außerhalb der sozialen Medien destabilisiert. Solche digitalen Angriffsformen sind an digitale Kompetenz gebunden und stehen damit im Prinzip jedem Kleinstaat zur Verfügung. Eine moderne Sicherheitspolitik muss u. a. durch eine digitale Abwehr einschließlich einer adäquaten Regulierung der sozialen Netzwerke versuchen, diese Gefahren zumindest zu mindern.

In diesen Kontext gehören auch die Herausforderungen durch bewaffnete Drohnen. Auch wenn es zurzeit ausdrücklich nicht um eine Bewaffnung von Drohnen mit automatisiertem Einsatz geht stellen sich Fragen: Wieweit lassen sich technologische Entwicklungen steuern? Geht der Weg, wenn man die ersten Schritte getan hat, notwendig weiter zu automatisierter Bewaffnung? Besteht die Gefahr, dass man sich an schrittweise Automatisierung gewöhnt und die politische Steuerungsfähigkeit verliert? Andererseits: Kann man durch eine Politik des „Wehret den Anfängen“ gegen Künstliche Intelligenz in hoffnungslosen technologischen Rückstand geraten? Gibt es Möglichkeiten, gegen eine Zwangsläufigkeit hin zu Automatisierungsprozessen Bremsen vorzusehen? Laut dem Friedensgutachten 2020 zielt der Weg bei der Eindämmung von Cyberspace Waffen auf *„die Regulierung von Verhalten, nicht auf ein Verbot von ‚Cyberwaffen‘. Das geschieht auf drei Feldern: (1) der Konkretisierung internationaler Verpflichtungen, die sich aus bestehenden völkerrechtlichen Verträgen ergeben, (2) der Vereinbarung rechtlich unverbindlicher, aber politisch wirksamer Verhaltensnormen und (3) der Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen vor allem auf bilateraler und regionaler Ebene. Solche Spielregeln können als weiches Recht Bindewirkung entfalten und zum Ausgangspunkt für ein späteres Gewohnheits- oder Vertragsrecht werden.“* (Friedensgutachten 2020, S. 109)

## **7. Bedrohung durch Geopolitik und unübersichtliche Großmächtekongstellat**

Unsere heutige geopolitische Situation unterscheidet sich sehr von der des Kalten Kriegs. Aber das Großmächteverhältnis zwischen der EU, den

USA, Russland und China spielt auch für die Zukunft eine wichtige Rolle. Präsident Biden hat gerade eine transatlantische Partnerschaft angeboten und eine sicherheitspolitische Allianz von Demokratien vorgeschlagen. Dies wäre die erste mögliche Option.

### **III. Folgerungen für sozialdemokratische Friedensstrategien**

In Anknüpfung an die Eingangsfrage: Sicherheit gegen oder mit dem Gegner schließen sich für die Wahl von Sicherheitsstrategien die nächsten entscheidenden Fragen an: Welches Grundverständnis steht hinter der Sicherheitspolitik?

Hier gibt es gegenwärtig prinzipiell zwei Optionen:

#### **1. Eine Friedenspolitik, die auf einer Gemeinsamkeit von Werten, Menschenrechten und politischen Regimen beruht.**

Ein Bündnis von Demokratien gegen alle anderen Staaten. Ein transatlantisches Bündnis könnte als Kernbestand fungieren. Die NATO war im Kalten Krieg ein solches normativ begründete Bündnis. Sie stand gegen die kommunistischen Diktaturen unter Führung der Sowjetunion.

Dazu gibt es eine Reihe von Fragen:

- a. Wie sieht das in einer multipolaren Welt zukünftig aus?
- b. Wie realitätstüchtig ist die Berufung auf demokratische Werte heute innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten der NATO? Vertritt die aktuelle Türkei demokratische Werte? Vertritt die EU in den verschiedenen Mitgliedsstaaten und Politikbereichen (Flüchtlingspolitik) demokratische Werte? Hat Präsident Trump demokratische Werte vertreten? Was wird in vier Jahren in den USA sein?
- c. Wie verhindern wir, dass der Unterschied zwischen der demokratischen Allianz zu einem tiefen kulturell begründeten Graben wird, der die Kriegsgefahr erhöht? Heißt Bündnistreue Zementierung des Status Quo?

Die zweite Option wäre

## **2. Eine systemübergreifende Friedenspolitik in der Tradition der Entspannungspolitik.**

Sie steht in einem Spannungsverhältnis zu einem rein politisch-systemisch begründeten Bündnis, könnte aber wertebasiert und zugleich offen sein für eine politische Kooperation mit systemischen Gegnern. Dazu gehört fundamental die Suche nach gemeinsamen Interessen auch mit den systemischen Gegnern, prinzipiell eine Verbindung bzw. Balance von Kooperation und Konflikt auch z.B. mit China und Russland. Verlässlichkeit des Rechts und Stabilität könnten ein gemeinsames Interesse zwischen Systemgegnern sein, um Investitionen zu sichern. Solche Balancen sind auch überall innerhalb von Demokratien (z.B. die "antagonistische Kooperation" zwischen Kapital und Arbeit) erforderlich, allerdings dort innerhalb einer gemeinsam akzeptierten Verfassung. Die gibt es global nicht, trotz Völkerrecht. Wie kann eine Verbindung von Gegnerschaft und Kooperation global glaubwürdig gestaltet werden? Wie kann sie für die verschiedenen Politik-Felder ausbuchstabiert werden?

Folgende Fragen stellen sich:

- a) Kann eine transatlantische Partnerschaft zwischen der EU und den USA eine Friedenspolitik mit China oder Russland gemeinsam entwickeln? Welche Rolle spielen hier z.B. die jeweiligen unterschiedlichen Interessen?
- b) Ist die dafür notwendige anspruchsvolle öffentliche Kommunikation über die Plausibilität der Verbindung von Gegnerschaft und Kooperationsbereitschaft denkbar und möglich? Denn man muss das klare Aussprechen ethischer oder politisch-systemischer Unterschiede mit der Suche nach gemeinsamen Interessen zugunsten von Abrüstung etc. verbinden.

## **3. Eine europäische Sicherheitspolitik**

Zu fragen ist, ob und wie eine spezifisch europäische Sicherheitspolitik in dieser Alternative einzuordnen ist. Ist es denkbar und wünschbar, dass Europa weiter unter dem Schutzschild der USA quasi-souverän bleibt oder

steht Washington dafür nicht mehr zur Verfügung? Oder würde Washington „ideellen Gehorsam“ fordern?

- a) Was bedeutet das für die Orientierung Europas in der neuen Weltordnung bzw. konkret gegenüber China und Russland?
- b) Welche Möglichkeiten gibt es, mit der neuen Biden-Regierung eine gemeinsame Friedenspolitik zu entwickeln, die normative Gemeinsamkeit mit systemunabhängiger Kooperation verbindet?
- c) Welche Fähigkeiten muss Europa entwickeln, um souverän zu werden bzw. zu bleiben?
- d) Macht in diesem Zusammenhang eine „Europäische Armee“ Sinn? Wie können die starken innereuropäischen Differenzen, insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland vermittelt werden? Nukleare Bewaffnung, Waffenexport, eine interventionsorientierte französische Militärstrategie – hier gibt es erhebliche Dissens-Punkte mit unseren französischen Nachbarn.
- e) Welchem Paradigma folgt die SPD bei diesen Fragestellungen – der Demokratie- und Westbindung / dem Menschenrechtsdiskurs oder der Ostpolitik / Entspannungs- bzw. Friedenspolitik oder einer spezifisch europäischen Friedenspolitik?

#### **4. Vorrang von Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit oder „Gemeinsame Sicherheit“?**

- a) Vorrang haben eine gut funktionierende Abschreckung und eine ununterbrochene Verteidigungsfähigkeit (Annegret Kram-Karrenbauer, FAZ, 10. 2. 21, S. 4): Die NATO muss „glaubhaft demonstrieren“, dass sie immer verteidigungsfähig ist. Das ist die traditionelle Position des „si vis pacem para bellum“, wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor. Sicherheit gibt es demnach nur bei überlegener Stärke. Von dieser Position aus gibt es ein prinzipielles Desinteresse an Abrüstungsverhandlungen. Wenn, dann sind Verhandlungen nur erfolgreich aus einer Position der eigenen Stärke, der eigenen Überlegenheit. Die andere Seite wird

dann gleichsam zur Abrüstung nach eigenen Vorstellungen gezwungen. Das war der Gegensatz zwischen Willy Brandt und Konrad Adenauer. Philosophisch-anthropologisch liegt dem das Modell des Thomas Hobbes zugrunde: Menschen sind grundsätzlich einander gefährliche Wölfe. Die prinzipielle Konkurrenz unterbindet langfristige Kooperation.

- b) Demgegenüber hegen Sozialdemokraten die Sorge davor, durch die Forderung nach überlegener Stärke und reine Abschreckung in unaufhörliche Rüstungsspiralen zu geraten, die neue Quellen für gewaltsame Konflikte werden können. Außerdem, so die Kritik, führen Rüstungsspiralen zu falschen Allokationen von Ressourcen, die dann für Friedens- und Entwicklungsarbeit verlorengehen. Lobbyarbeit von Waffenfirmen kurbelt oft die Rüstungsspirale an. So wächst zudem die Sorge vor einem „versehentlichem“ Ausbruch von Gewalt.

Die Konsequenz daraus lautet: Notwendig sind Rüstungsbegrenzungen, Moratorien, Abrüstungsverhandlungen, um das Ziel der „gemeinsamen Sicherheit“ zu erreichen. Mittel dazu: schrittweise gegenseitige Transparenz, das Spinnen von Netzen von gegenseitigen Interessen, Vertragspolitik. Dem muss vorangehen: die Suche nach gemeinsamen Interessen. Philosophisch-anthropologisches Grundmodell: John Locke. Bürger sind geneigt, miteinander zu kooperieren; aber das muss kontrolliert geschehen. Helmut Schmidt's „NATO-Doppelbeschluss“ haben seine Anhänger als eine Strategie verstanden, den militärischen Gegner SU, der sich nicht auf Rüstungsbegrenzungen etc. einlassen wollte, durch „Zuckerbrot und Peitsche“ – Anreiz und Sanktionsdrohung – zu einer gemeinsamen Abrüstungsstrategie zu bewegen.

Klären muss eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik folgendes Dilemma: Eine Position klarer Unterlegenheit kann die andere Seite zur Erpressung einladen. Das müssen Sozialdemokraten vermeiden. Es ist wichtig, bei konkreten Abrüstungsabkommen, unkalkulierbare – auch übergängige - Schwächesituationen zu vermeiden. Wieviel

„Vorleistung“ an Gegner ist vertretbar? Wieviel Abschreckungsfähigkeit braucht „gemeinsame Sicherheit“? Wie kann man Risiken durch eine Politik der Vertrauensbildung mindern? Auf welchen Mindestbedingungen muss man bestehen? Z.B. Vertragspolitik und Multilateralismus? Wie kann eine langfristige Strategie die Sicherheit beider Seiten stärken durch gegenseitige Bindung an langfristige gegenseitige Interessen? Aufgegeben wird damit die Idee der Sicherheit durch Autarkie oder Überlegenheit, weil sie, zumal in der Globalisierung, als unrealistisch gilt.

#### **IV. Folgerungen für die anfangs aufgeworfenen Fragen nach der Bewaffnung von Drohnen, nach der sog. nuklearen Teilhabe und nach einer möglichen deutschen Unterstützung des Atomwaffenausstiegsvertrags**

1. In der Tradition der sozialdemokratischen Friedenspolitik muss die Frage nach der Bewaffnung von Drohnen eingebettet sein in eine breitere Friedenspolitik, die die Probleme, die in Punkt 2. *Bedrohung: durch technologischen Fortschritt, Automatisierung von Waffen, Künstliche Intelligenz, Cyberspace, Zerstörung (auch nichtmilitärische) von lebenswichtiger Infrastruktur* genannt werden, berücksichtigt. Wenn eine Weiterentwicklung in Richtung Automatisierung von Waffensystemen vermieden werden soll, müssen nicht nur konkrete Einsatzbedingungen der bewaffneten Drohnen und des Auslösens ihrer Waffen realistisch festgelegt, sondern auch Hürden, die am besten parlamentarisch fixiert sind, gegen diese Automatisierung eingebaut werden. Überdies muss der Schutz der Soldaten komplexer bedacht werden als rein technisch und militärisch. Da innerstaatliche Konflikte nicht militärisch gelöst werden können, sondern mit Hilfe von außerstaatlichen Akteuren durch Befriedung gesellschaftlicher Konflikte eingehegt werden müssen, kann es kontraproduktiv werden, bewaffnete Drohnen einzusetzen. Selbst wenn sie theoretisch technisch präziser Verluste bei der Zivilbevölkerung begrenzen können,

ist wahrscheinlich, dass ihr Einsatz generell die Bevölkerung entfremdet und zu Feinden macht. Danach ist die bisherige Argumentation zugunsten der Bewaffnung von Drohnen zumindest unzureichend. Argumente der Verlässlichkeit und der Bündnistreue sind immer wichtig. Da seit Jahrzehnten friedenspolitische Strategien zumindest öffentlich nicht diskutiert worden sind, liegt die Herausforderung gegenwärtig darin, neue friedenspolitische Anläufe so zu gestalten, dass Bruch oder Vertrauensverlust im Bündnis vermieden wird. Wenn die SPD glaubwürdig sein und in der Öffentlichkeit Erfolg haben will, muss sie die „Detailfrage“ der Drohnenbewaffnung deshalb sowohl in eine Bündnisstrategie als auch in eine Friedensstrategie einbetten.

2. Die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands als Weg der Beeinflussung der Nuklearstrategie der NATO hat nur Sinn, wenn Deutschland bzw. die SPD eine zeitgemäße Sicherheitsstrategie im Rahmen einer Friedenspolitik (vor allem „gemeinsame Sicherheit“) vorweisen kann, auf die hin die NATO Strategie in Verhandlungen ausgerichtet werden kann. Auch hier muss die Begründung im Zusammenhang erfolgen
3. Eine deutsche Unterstützung des Atomwaffenausstiegsvertrags ist ebenfalls nur wirksam im Rahmen einer Strategie der Eingrenzung bzw. Reduzierung nuklearer Waffen, die innerhalb der EU und der NATO ausgehandelt werden muss. Ein gute begründetes deutsches „Vorpreschen“ zugunsten des Ausstiegsvertrags dürfte die Bündniszugehörigkeit nicht infrage stellen, könnte aber helfen, eingefahrene Wege der militärischen Sicherheitspolitik, die dem Frieden nicht mehr dienen, zu verlassen. Solche Anstöße braucht es gegenwärtig. Man muss sie aber in einer tragfähigen Friedenspolitik verankern.

## **V. Fazit**

Die Grundwertekommission hat nicht die Kompetenz, die militärische Sicherheitspolitik der SPD zu formulieren. Sie kann aber auf den erforderlichen politischen Kontext verweisen und ihn benennen.

Insgesamt kann sie damit die Voraussetzung für eine argumentative Einigung der Partei und der „Experten“ schaffen. Damit könnten Formelkompromisse oder reine innerparteiliche Machtkämpfe überwunden werden. Beide schaden gegenwärtig der Glaubwürdigkeit und Attraktivität der SPD.

Eine kohärente sozialdemokratische Sicherheits- und Friedenspolitik kann nicht aus einer ihrer unterschiedlichen Denkschulen – der Westbindung, der Entspannungspolitik, der Friedenspolitik, der Bündnispolitik, der Menschenrechtspolitik, der Europapolitik alleine entstehen. Wir brauchen, um uns argumentativ zu einigen und gegenseitig zu respektieren, einen gemeinsamen Rahmen, in dem sich alle Strömungen wiederfinden können. Den will dieses Papier klären. Dabei bleiben Fragen offen, aber Begründungslinien werden wieder klarer sichtbar und Dilemmata können ausgesprochen und jeweils konkret angegangen werden, ohne dass innerparteiliche Kontrahenten zu Feinden werden.